

18. Wahlperiode

Antrag

der Fraktion der CDU

Aus der Krise lernen – Zunahme sozialer Isolation und Einsamkeit dürfen als Nebenwirkungen von Schutzkonzepten gegen COVID-19 nicht in Kauf genommen werden

Das Abgeordnetenhaus wolle beschließen:

Der Senat wird aufgefordert, die Erkenntnisse und Beobachtungen von Wissenschaftlern, Ärzten und Soziologen hinsichtlich der Zunahme von sozialer Isolation und Einsamkeit im Zusammenhang mit den staatlich verfügbaren COVID-19-Regelungen vor allem bei älteren Bürgerinnen und Bürgern, behinderten Menschen und psychisch Kranken ernst zu nehmen und zum Ausgleich für die kommenden Monate insbesondere folgende Sofortmaßnahmen zu ergreifen:

1. Für den aufgeführten Personenkreis ist eine zentrale Nummer zu schalten, bei der rund um die Uhr Hilfe erbeten werden kann.
2. Seniorinnen und Senioren, Menschen mit Behinderungen und psychisch Kranke, die in ihrer eigenen Häuslichkeit leben, sind über Möglichkeiten zu informieren, wie und mit wem sie bei Bedarf Kontakt aufnehmen können. Das könnten beispielsweise Handzettel mit Kontaktnummern sein, wie zum Beispiel des zentralen Hilfefonns, der Telefonseelsorge, des Vereins Silbernetz e.V., der Kirchgemeinden, der ehrenamtlichen Besuchsdienste oder des örtlichen Sozialamtes.
3. Einrichtungen, wie die Telefonseelsorge und Silbernetz e.V., die ihre Dienste gezielt einsamen und isolierten Menschen anbieten, sind vor allem mit Blick auf die Weihnachtsfeiertage zu stärken, damit sie ihre wichtige soziale Tätigkeit ohne finanzielle Engpässe durchführen können.
4. Die Beratungsangebote für Menschen, die durch die COVID-19-Regelungen starken psychischen Belastungen ausgesetzt sind, sind zu erweitern. Dafür sind die entsprechenden

Maßnahmen mit den Kassen und Kammern (Ärztekammer, Psychotherapeutenkammer) abzusprechen.

5. Pflegeeinrichtungen und Wohngemeinschaften für Seniorinnen und Senioren sind gezielt darin zu unterstützen, wie über entsprechende Möglichkeiten - z.B. Internet, Telefon, ehrenamtliche Besuchsdienste oder Patenschaften - die sozialen Kontakte kontinuierlich gepflegt werden können.

Darüber hinaus wird der Senat aufgefordert, die bisherigen Schutzkonzepte (Hygieneregulungen) gegen COVID-19 mit Expertinnen und Experten des Infektionsschutzes, der Pflege sowie des Gesundheitswesens auszuwerten und diese hinsichtlich ihrer Auswirkungen auf die Zunahme sozialer Isolation und Einsamkeit, insbesondere bei den genannten Risikogruppen im Land Berlin, zu analysieren. Aus den daraus gewonnenen Erkenntnissen ist für ähnliche Notlagen ein Rahmenkonzept zu entwickeln und mit einem Maßnahmenplan zu unterlegen.

Dem Abgeordnetenhaus ist erstmals bis zum 31. Dezember 2020 zu berichten.

Begründung

Nicht nur der Hamburger Zukunftsforscher Opaschowski warnt vor der Zunahme sozialer Isolation und Einsamkeit, die durch die Covid-19-Regelungen begünstigt wird, sondern auch Ärzte, Psychologen, Therapeuten und Pflegewissenschaftler. Sie alle weisen darauf hin, dass die Abstandsregelungen zwar notwendig sind, jedoch Kontaktarmut und Einsamkeit in einem Maße fördern, die die Betroffenen seelisch und körperlich krank machen. Daher müsse daran gearbeitet werden, dass die COVID-19-Maßnahmen den Anforderungen des Infektionsschutzes als auch den Bedürfnissen nach sozialen Kontakten gleichermaßen gerecht werden.

Diese Erkenntnis ist in einer Großstadt wie Berlin von immenser Bedeutung, weil hier die Zahl der einsamen und isolierten Menschen ungleich größer ist als in anderen Städten und Gemeinden. Das haben unter anderem auch die Anrufe bei der Telefonseelsorge bewiesen, die zwischen Mitte März und Mitte Mai dieses Jahres - zum Beispiel in Hamburg - um ca. 30 % zugenommen haben. Bundesweit haben die rund 100 Telefonseelsorgestellen eine ähnlich große Zunahme der Gesprächskontakte von Menschen aller Altersgruppen verzeichnet. Hauptthema seien die Einschränkungen durch die Pandemie gewesen, vor allem das Alleinsein und die Einsamkeit.

Der Präsident der Bundestherapeutenkammer hat diese Entwicklung in folgender Warnung formuliert: „Neben Depressionen und Angststörungen, akuten und posttraumatischen Belastungsstörungen können auch Alkohol- und Medikamentenabhängigkeit, Zwangsstörungen und Psychosen zunehmen. ... bei vielen, die 75 Jahre und älter sind, wird aus der Angst sich anzustecken nicht selten Todesangst und aus Rückzug Isolation... Am Ende quälen sie sich mit der Erwartung, wegen Corona allein zu sterben.“

Diese Hinweise sollten angesichts der Zunahme der Neuinfektionen dem Senat Anlass sein, diese Probleme aufzugreifen und im Sinne des Antrags tätig zu werden. Ziel muss sein, alles zu tun, um den Betroffenen die notwendigen Hilfestellungen zu geben, um die Zeit der Pandemie mit Optimismus und Lebensmut zu überstehen.

Berlin, 1. Dezember 2020

Dregger Demirbüken-Wegner Penn
und die übrigen Mitglieder
der Fraktion der CDU